

NAHE AN DER SPREE

Ihr Newsletter aus dem Deutschen Bundestag



Liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche haben wir im Bundestag das Qualifizierungschancengesetz verabschiedet. Ein wichtiger Schritt für die Förderung von Weiterbildung und die Entlastung der Bürger. Emotional diskutiert wurden sowohl das Thema Organspende als auch der Migrationspakt – letzteres leider oft sehr unsachlich. Wichtig außerdem: Die Änderung des Grundgesetzes, damit der Bund die Länder besser finanziell unterstützen kann. Besonders gefreut habe ich mich über den Besuch aus dem Wahlkreis zur Feier von 100 Jahren Frauenwahlrecht.

Viel Freude beim Lesen!

Ihre

Antje Lezius

Halten Sie die Printausgabe in Händen und möchten meinen Newsletter zukünftig digital lesen? Abonnieren können Sie ihn unter www.antje-lezius.de oder durch das einscannen des QR-Codes.





Weiterbildung für alle und 6 Mrd. Euro Entlastung

Der technologische Wandel und die demographische Entwicklung verändern den deutschen Arbeitsmarkt. Durch Weiterbildungen können die Beschäftigten sich für neue Tätigkeiten fit machen und den Wandel mitgestalten. Das am Freitag verabschiedete Qualifizierungschancengesetz ermöglicht Beratung und Förderung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Beschäftigte von Kleinstunternehmen erhalten einen Zuschuss von bis zu 100 Prozent bei der Weiterbildungsförderung und bis zu 75 Prozent beim Entgelt. Kleine und mittlere Betrieben erhalten jeweils bis zu 50, größere zwischen 25 und 15 Prozent.

Das Betriebe mit wenig Mitarbeitern besonders unterstützt werden, ist ein gutes Ergebnis für unsere Region, in der 98 Prozent der Unternehmen zu den sogenannten KMU (Klein- und mittelständischen Unternehmen) gehören.

Gleichzeitig wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt. Eine Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern um 6 Milliarden Euro. Damit haben wir eine höhere Senkung erreicht, als im Koalitionsvertrag festgelegt worden ist.

Ich habe mich sehr gefreut, als Berichterstatterin an diesem Gesetz mitarbeiten zu können.



Der Migrationspakt

Selten habe ich es erlebt, dass von einer politischen Seite derart einseitig und böartig Fehlinformationen zu Vorhaben der Bundesregierung verbreitet wurden. Ich kann nachvollziehen, dass bei allen Themen, die mit Flucht und Flüchtlingen bzw. Migration zu tun haben, die Emotionen hohe Wellen schlagen. Das ist aber kein Grund, Fakten auszublenden oder sich Realitäten zu verschließen. Es ist mir wichtig hierzu eines klarzustellen: Wenn wir wollen, dass weniger Menschen illegal nach Deutschland kommen, dann sollten wir den UNO-Migrationspakt unterstützen. Warum? Weil er das Thema in fast allen Staaten dieser Welt auf die Tagesordnung setzt: Wir brauchen eine bessere internationale Zusammenarbeit, um die Probleme zu meistern. Reißerische Falschinformationen aus der rechten Ecke helfen uns nicht weiter und spalten unser Land. Wir haben mit diesem Pakt zum ersten Mal eine gemeinsame Grundlage, auf der wir alle, Herkunfts- und Aufnahmeländer, die gemeinsame Zusammenarbeit in Flüchtlings- und Migrationsfragen verbessern und koordinieren können.



Debatte im Bundestag: Organspende

Am Mittwoch diskutierten wir im Bundestag innerhalb einer ersten Orientierungsdebatte über die zukünftige Reform der Organspende in Deutschland. Es war eine sehr ruhige Debatte, die respektvoll und auch tiefgründig geführt worden ist. Ich habe sie als sehr bereichernd erlebt.

Hintergrund ist, dass wir seit Jahren viel zu niedrige Organspenderzahlen haben. Derzeit warten 10.000 Patienten auf ein Spenderorgan, darunter allein rund 8.000 Dialysepatienten auf eine Niere. Doch im ganzen Jahr 2017 wurden in Deutschland nur 3.385 Organe transplantiert. In einer zweieinhalbstündigen Debatte ging es darum, wie mehr Menschen dazu gebracht werden können, sich nach ihrem Tod als Organspender zur Verfügung zu stellen.

Die Organspende ist international unterschiedlich geregelt. In Deutschland gilt seit 2012 die sogenannte Entscheiderlösung. Ohne Zustimmung der betreffenden Person zu Lebzeiten ist eine Organentnahme nicht zulässig. Viele andere Länder in Europa haben eine Widerspruchslösung eingeführt. Wer nicht will, dass nach seinem Tod Organe entnommen werden, muss dies zu Lebzeiten dokumentieren. Sie liebe Leser möchte ich bitte, auch darüber nachzudenken, ob Sie für oder gegen eine Widerspruchslösung sind. Gerne können Sie mir Ihre Meinung per E-Mail oder auf dem Postweg zukommen lassen!



Unterstützung für die Länder

Schulen ohne ausreichend Internetanschluss, knapper Wohnraum, zu hohe Luftverschmutzung in den Städten – viele drängende Probleme sind auf Landesebene zu beheben. Damit der Bund hier finanziell helfen kann, war eine Grundgesetzänderung nötig. Am Donnerstag haben wir diese mit der notwendigen 2/3-Mehrheit beschlossen.

Wir wollen dazu beitragen, dass die Digitalisierung entschieden vorangebracht wird – auch in den Schulen. Wir wollen mit unserem Beitrag zum sozialen Wohnungsbau bezahlbaren Wohnraum schaffen. Und wir wollen nachhaltigen Verkehr in den Kommunen stärken. Ab 2020 kann der Bund beim sozialen Wohnungsbau unterstützen und die Mittel für die Gemeindeverkehrsinfrastruktur erhöhen. Außerdem werden die Voraussetzungen für den ‚Digitalpakt Schule‘ geschaffen, indem der Bund künftig nicht nur ‚finanzschwachen‘ Kommunen in der Bildungsinfrastruktur unterstützen kann.

Gewährt der Bund den Ländern eine Finanzhilfe, müssen die Länder die mindestens hälftige Mitfinanzierung in dem entsprechenden Investitionsbereich sicherstellen.



100 Jahre Frauenwahlrecht

1918 ist ein Jahr des Umbruchs der politischen Ordnung in Deutschland - auch und ganz besonders für die Frauen. Erstmals erhielten sie mit der Ausrufung der Republik das wichtigste demokratische Recht, das Wahlrecht. Um hieran zu erinnern, lud die CDU-Bundestagsfraktion die Abgeordneten und engagierte Frauen aus ganz Deutschland zu einem Festakt in den Fraktionssaal ein. Hieran habe ich natürlich teilgenommen: in Begleitung von den Unternehmerinnen Sabine Brunk und Nicole Ripp sowie der Lokalpolitikerin Andrea Silvestri. Auf dem Programm standen neben Reden, unter anderem von Kanzlerin Angela Merkel auch eine Podiumsdiskussion mit prominenten Frauen von Sophia Thomalla bis Rita Süßmuth.

Der Festakt hat uns bewusst gemacht, auf wie viele starke Frauen unsere Gesellschaft bauen kann - in unserer Region und in ganz Deutschland. Für die Zukunft bleibt aber noch viel Arbeit vor uns, da dürfen wir Frauen uns keinen Illusionen hingeben. Es sind Aufgaben, die wir mit Selbstvertrauen und Zuversicht, aber auch zügig angehen müssen. Da waren wir uns alle einig.

Termine im Wahlkreis

1. Dezember: Bürger-Info-Stand am Wochenmarkt Baumholder, ab 11 Uhr
3. Dezember: CDU-Kreisparteitag Kreisverband Birkenfeld, ab 19 Uhr
4. Dezember: Haushalts-Fraktionssitzung CDU-Birkenfeld, ab 18 Uhr
5. Dezember: Bürger-Info-Stand am Markt in Kirn, ab 11 Uhr
5. bis 8. Dezember: CDU-Bundesparteitag in Hamburg

Zahl der Woche

2,186 Millionen...

...Arbeitslose in Deutschland. Wieder mal die Zahl der Arbeitslosen? Ja! Weil es der niedrigste Stand seit der Zählung durch die Bundesagentur ist.

Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Oktober bei 45,24 Millionen - das ist ein Plus von 37.000 gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 559.000 Erwerbstätige mehr. Und: Der Anstieg beruhe vor allem auf mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Gleichzeitig sind 807.000 offenen Stellen gemeldet.

Kontakt

Bürgerbüro Bad Kreuznach
Freiherr-vom-Stein-Str. 16
55543 Bad Kreuznach
Tel.: (0671) 92 02 97 33
Fax: (0671) 92 06 50 93

Berlin
Platz der Republik
111011 Berlin
Tel.: (030) 227 78152
Fax: (030) 227 70152

Bürgerbüro Birkenfeld
Weierbacher Str. 3
55743 Idar-Oberstein
Tel.: (06784) 98 373 55
Fax: (06784) 98 373 56

Online
antje.lezius@bundestag.de
antje-lezius.de
<https://de-de.facebook.com/AntjeLezius/>